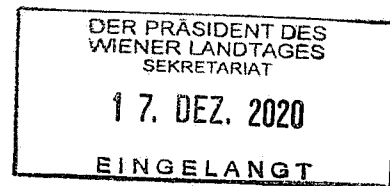


INITIATIVANTRAG



gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung

der Landtagsabgeordneten Barbara Novak, BA, Dr. Kurt Stürzenbecher und Mag. Josef Taucher (SPÖ), sowie Mag.^a Bettina Emmerling, MSc und Mag. (FH) Jörg Konrad (NEOS)

betreffend Änderung des Gesetzes, mit dem das Gesetz, mit dem die Förderung politischer Parteien in Wien ab 2013 (Wiener Parteienförderungsgesetz 2013 – Wr. PartFG) geregelt wird

Begründung:

Die neue Wiener Stadtregierung bekennt sich zu einer Weiterentwicklung des Parteienrechts einschließlich deren Finanzierung (vgl. hierzu die Ausführungen zu „Politische Parteien und Wahlkämpfe“ im Regierungsprogramm „Die Fortschrittskoalition für Wien“). Mit dieser Novelle werden erste Schritte, wie die Änderung der Auszahlungstermine, eine Aussetzung der Valorisierung etc. gesetzt. Weitere Reformschritte sollen im Jahr 2021 detailliert geprüft und hierfür ein entsprechendes legislatives Gesamtvorhaben ausgearbeitet werden.

Artikel 1

Aufgrund der Änderung des § 5 hat die Beantragung nunmehr jährlich bis 15. Jänner (anstelle bis Ende März) des laufenden Jahres zu erfolgen. Auch die Auszahlung erfolgt nunmehr in zwei Tranchen. Die erste Teilzahlung ist nunmehr bis zum 31. Jänner exklusive Valorisierung zu leisten. Die zweite Teilzahlung, welche auch die Valorisierung zu umfassen hat, hat am Anfang des 3. Quartals zu erfolgen. Ziel ist daher eine raschere Zurverfügungstellung der Fördermittel. Im Jahr 2021 gelten aus zeitlichen Gründen abweichende Termine.

Artikel 2

Bisher sind die gemäß § 3 gewährten Beträge gemäß § 4 ab dem Jahr 2015 in jenem Maß erhöht oder vermindert worden, in dem sich der von der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ verlaubliche Verbraucherpreisindex 2010 oder der an seine Stelle tretende Index des Vorjahres verändert hat. Im Hinblick auf die Einnahmefälle auf Grund der COVID-19-Pandemie der öffentlichen Haushalte und den damit verbundenen finanziellen Erfordernissen ist in Wien eine Aussetzung der Valorisierung für die Jahre 2021 und 2022 vorgesehen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und § 30b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

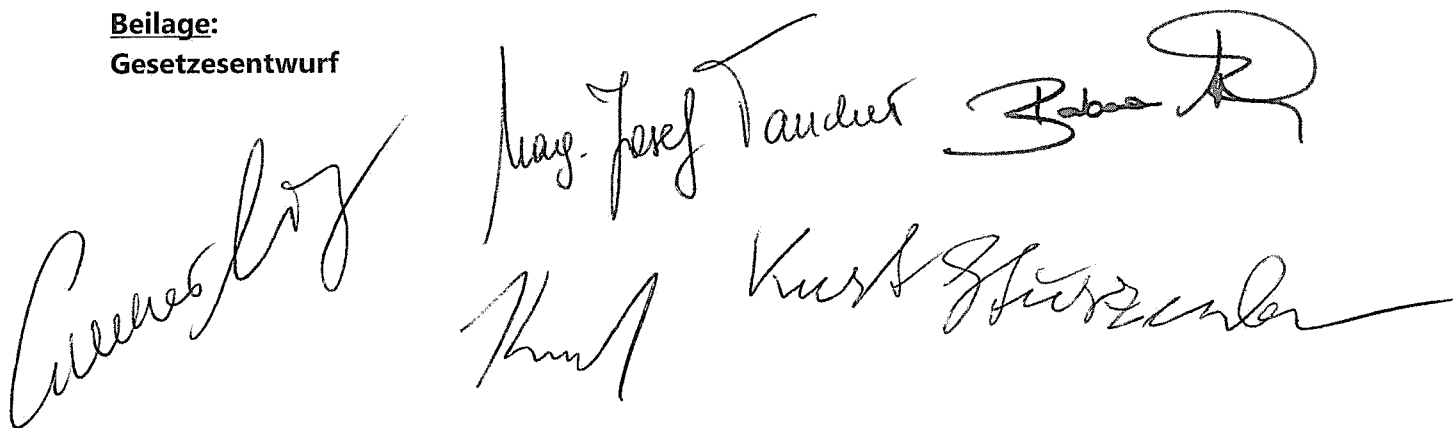
INITIATIVANTRAG:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

„Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz, mit dem die Förderung politischer Parteien in Wien ab 2013 (Wiener Parteienförderungsgesetz 2013 – Wr. PartFG) geregelt wird, geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.“

Wien, am 17. Dezember 2020

Beilage:
Gesetzesentwurf

The block contains four handwritten signatures in black ink. From left to right, they are: a large, stylized signature; a signature that appears to read 'Mag. Josef Tauder'; a signature that appears to read 'Zabner'; and a signature that appears to read 'Kurt Glaser'. The signatures are written in a cursive, handwritten style.

ENTWURF

Gesetz, mit dem das Gesetz, mit dem die Förderung politischer Parteien in Wien ab 2013 (Wiener Parteienförderungsgesetz 2013 – Wr. PartFG) geregelt wird, geändert wird.

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz, mit dem die Förderung politischer Parteien in Wien ab 2013 (Wiener Parteienförderungsgesetz 2013 – Wr. PartFG), geregelt wird, LGBl. für Wien Nr. 86/2012, wird wie folgt geändert:

1. § 5 samt Überschrift lautet:

„Beantragung

Eine Beantragung der Förderung für politische Parteien gemäß § 2 Z 1 und 2 hat gesamthaft durch das vertretungsbefugte Organ der jeweiligen politischen Partei gemäß § 2 Z 1, in Ermangelung eines solchen durch das vertretungsbefugte Organ der politischen Partei gemäß § 2 Z 2, jährlich jeweils bis zum 15. Jänner des laufenden Jahres bei der zuständigen Magistratsabteilung der Stadt Wien unter Bekanntgabe einer Bankverbindung zu erfolgen. Im Jahr 2021 hat die Beantragung bis spätestens 15. Februar zu erfolgen.“

2. § 6 samt Überschrift lautet:

„Prüfung, Auszahlung

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien hat den Förderantrag formal zu prüfen und im Falle eines positiven Prüfergebnisses eine entsprechende Auszahlung in zwei Tranchen zu veranlassen. Die Auszahlung der ersten Tranche ist bis zum 31. Jänner des laufenden Jahres in Höhe von 50 vH exklusive der Valorisierung gemäß § 4 zu veranlassen. Die Auszahlung der zweiten Tranche ist am Anfang des 3. Quartals des laufenden Jahres in Höhe von 100 vH inklusive der Valorisierung gemäß § 4 abzüglich der bereits ausbezahlten 1. Tranche zu veranlassen. Im Jahr 2021 ist die Auszahlung der ersten Tranche bis spätestens 26. Februar zu veranlassen.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 2021 in Kraft. Die Valorisierung nach § 4 findet in den Jahren 2021 und 2022 nicht statt.

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor: